

Veranstaltungsbericht

Litauen 75 Jahre nach dem Hitler-Stalin-Pakt. Erfahrungen totalitärer Herrschaft und ihre schwierige Aufarbeitung

23. Oktober 2014 | 18 Uhr | Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, 10785 Berlin

Am 23. August 2014 jährten sich zwei Ereignisse, welche die Geschichte und Gesellschaft Litauens wesentlich geprägt haben. Vor 75 Jahren legten Stalin und Hitler 1939 im geheimen Zusatzprotokoll ihres „Nichtangriffspaktes“ ihre Einflussphären fest und teilten die mittel- und osteuropäischen Staaten unter sich auf. Die Baltischen Staaten fielen zunächst unter deutsche, dann unter sowjetische Besatzung. 50 Jahre nach dem Hitler-Stalin-Pakt demonstrierten 1989 hunderttausende Menschen mit einer Menschenkette von Vilnius über Riga nach Tallinn für Freiheit und Unabhängigkeit.

Aus Anlass dieser Jahrestage luden die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Botschaft der Republik Litauen, das Nordost-Institut an der Universität Hamburg, das Deutsch-Litauische Forum und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu einer Veranstaltung am 23. Oktober 2014 in die Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung.

In seinem Grußwort erinnerte der Botschafter der Republik Litauen, S.E. Deividas Matulionis, daran, dass der Hitler-Stalin-Pakt ein „Symbol der raubgierigen Teilung Europas“ sei. Beide diktatorischen Regime – Nazi-Deutschland und die stalinistische Sowjetunion – hätten eine ungeheure Brutalität und Verachtung gegenüber Menschenleben an den Tag gelegt und Litauen habe unter beiden Besatzern schwer gelitten. Die Erforschung nationalsozialistischer Verbrechen, insbesondere die Ermordung der jüdischen Bevölkerung Litauens und die Beteiligung von Litauern daran, habe bereits große Fortschritte gemacht. Er konstatierte allerdings, dass dies in Hinblick auf die Gewaltherrschaft der Sowjetunion noch ausstehe. Die historische Aufarbeitung und eine „aufrichtige und ehrliche Einstellung zur eigenen Geschichte“ seien in allen europäischen Staaten notwendig, um gegenseitiges Vertrauen aufzubauen.

Im Anschluss diskutierten Wissenschaftler und Politiker aus Litauen und Deutschland. Im Mittelpunkt standen die doppelte historische Besatzungserfahrung Litauens und der Umgang damit. Nicht außen vor blieben auch Fragen der aktuellen politischen Lage Litauens vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise. Das Gespräch führte PD Dr. Joachim Tauber, Direktor des Nordost-Instituts an der Universität Hamburg.

Der Historiker Prof. Dr. Bernd Faulenbach (Ruhr-Universität Bochum) ging auf die Möglichkeit eines Vergleichs zwischen stalinistischem und nationalsozialistischem Regime ein. Dadurch ließen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten, es müssten allerdings immer die nationalen Kontexte berücksichtigt werden. Zeitgenössisch hätten die beiden Systeme sich antagonistisch gegenüber gestanden. Die Nationalsozialisten hätten sich als Anti-Bolschewisten verstanden und die UdSSR hätte im Faschismus ihren größten Feind gesehen. 1939 sei es jedoch zu einer Interessenkonvergenz gekommen und man habe sich im Hitler-Stalin-Pakt über die Aufteilung von Einflussphären verständigt. Der Historiker nannte einige Gemeinsamkeiten und einige Unterschiede: So führte er aus, dass beide Regime ihren Ursprung im Ersten Weltkrieg gehabt und ihre Politikbegriffe auch die Komponente der Gewalt beinhaltete hätten. In ihren Herrschaftstechniken und Ordnungsvorstellungen hätten sich die nationalsozialistische und die stalinistische Diktatur allerdings stark unterschieden.

Emanuelis Zingeris, Abgeordneter des litauischen Parlaments und Mitglied der Internationalen Kommission für die Aufarbeitung der Verbrechen des Nazi- und des sowjetischen Besatzungsregimes in Litauen, ging auf die Entwicklungen von 1990 ein. Er selbst war damals Mitbegründer der Unabhängigkeitsbewegung Sąjūdis. Für Litauen sei eine schnelle Unabhängigkeit von großer Bedeutung gewesen. Die zentraleuropäischen Werte,

welche bereits in der Weimarer Zeit eine große Rolle gespielt hätten, hätten nach Litauen zurückkehren sollen. Er verwies zum Beispiel auf das Schulsystem. In Hinblick auf den Geschichtsunterricht habe man völlig neue Inhalte erarbeitet, besonders was die Zeit der deutschen Besetzung betraf. Das Schicksal der litauischen Juden, die fast alle im Holocaust getötet worden waren, und die Kollaboration einiger Litauer hätten thematisiert werden müssen. So habe man Lehrer nach Israel und Yad Vashem geschickt, um sie dort fortzubilden. Heute sei „Litauen wieder Mitglied der europäischen Wertegesellschaft“, wie Emanuelis Zingeris ausführte.

Prof. Dr. Šarūnas Liekis, Historiker an der Vytautas-Magnus-Universität Kaunas, konzentrierte seinen Beitrag auf die Geschichtspolitik während Litauens Zugehörigkeit zu Sowjetunion. Das Schicksal der Juden sei im offiziellen Diskurs unterdrückt worden. Viele Aspekte der jüdischen Geschichte seien dadurch im öffentlichen Bewusstsein verloren gegangen. Lediglich in den Familien der Betroffenen hätten die Erzählungen vom Holocaust überlebt und seien dort gepflegt worden. Er ging außerdem auf den Vergleich der beiden Besatzungsregime ein, dieser würde oft polemisch verwendet und auf einer moralischen Ebene ausgetragen.

PD Dr. Joachim Tauber thematisierte zudem die Frage der Kollaboration mit den beiden Besatzungsregimen. Prof. Dr. Bernd Faulenbach betonte die zentrale Verantwortlichkeit der NS-Diktatur für die Verbrechen des Holocaust. Die Implementierung der Verfolgung von Juden sei allerdings auch davon abhängig gewesen, ob die örtliche Bevölkerung kollaboriert hätte. Man müsse den Holocaust deshalb als „europäisches Geschehen“ betrachten. Die Forschung beschäftige sich in vielen europäischen Staaten damit und dies sei wichtig für ein zukünftiges „europäisches Geschichtsbewusstsein“.

Emanuelis Zingeris griff die Frage nach dem Umgang mit Kollaborateuren auf. In Litauen habe es nach 1990 nur vereinzelt eine konsequente juristische Aufarbeitung der Verbrechen während der beiden Besatzungsregime gegeben. Bei der historischen Erforschung sei man jedoch auf einem guten Wege. Mittlerweile gäbe es viele Ergebnisse sowohl zur Beteiligung litauischer Bürger an der Ermordung von Juden wie auch zu widerständigem Verhalten. Prof. Dr. Šarūnas Liekis schilderte einen Generationswechsel in Litauen. Die junge Bevölkerung habe sich kaum mehr mit der Sowjetzeit beschäftigt. Die Entwicklungen des Jahres 2014 hätten jedoch alte Ressentiments gegenüber Russland wieder aufleben lassen.

Damit war die Diskussion bei den derzeitigen Beziehungen zu Russland vor dem Hintergrund des Ukraine-Konfliktes angekommen. Emanuelis Zingeris verwies auf die territoriale Nähe der baltischen Staaten zu Russland und die Bedrohungslage, die sich daraus ergeben habe. Diese seien die „letzten europäischen Staaten vor dem Osten“. Viele Litauer stellten sich die Frage, ob die Europäische Union und die USA willens seien, alle ihre Kräfte zur Verteidigung der Freiheit der baltischen Völker aufzubieten. Die Einflussnahme der russischen Regierung auf die Ukraine sowie das drohende Verbot gegen die Menschenrechtsorganisation „Memorial“ hätten gezeigt, dass sich Russland erneut auf dem Weg zu einem totalitären Staat befände.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach schilderte, dass in Russland ebenso wie in anderen mittel- und osteuropäischen Staaten eine Rückwendung zur Nation beobachtet werden könne. In Russland sei dies aber gleichzeitig mit einem Aufgreifen imperialer Traditionen verbunden. Der Europäischen Union müsse es gelingen, die russische Regierung einzubinden. Die Annäherung der Ukraine an das europäische Bündnis sei legitim, aber es bedürfe auch eines Ausgleichs mit Moskau. Dahingehend müsse auch die ukrainische Führung beraten werden.

Im Mittelpunkt der abschließenden Publikumsdiskussion stand dann wieder der Umgang mit nationalsozialistischen und stalinistischen Verbrechen. Ein Zuhörer fragte, ob es in Litauen ähnliche Aktionen wie die „Stolpersteine“ in Deutschland gäbe, die an einzelne Opfer erinnern. Emanuelis Zingeris verwies darauf, dass vor allem die akademische Beschäftigung mit dem Holocaust schon weit fortgeschritten sei. Die gesellschaftliche Aufar-

beitung müsse aber weiter vorangetrieben werden. Das „Vakuum von jüdischer Lebenswelt in Europa“, das nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sei, müsse wieder gefüllt werden.

Es wurde außerdem danach gefragt, wie der 13. Januar 1991 wahrgenommen worden sei, an dem sowjetische Soldaten in Litauen einen Putschversuch starteten. Emanuelis Zingeris führte aus, dass es an diesem Tag um den Bestand und Erfolg der jungen Demokratiebewegungen in der ganzen Region gegangen sei. Dass viele europäische Staaten sehr schnell die Unabhängigkeit Litauens anerkannt hätten, sei mitentscheidend für die Abwehr der sowjetischen Aggression gewesen. Deshalb sei es auch heute von besonderer Wichtigkeit, dass Europa diejenigen Staaten unterstütze, die nach Unabhängigkeit und Demokratie streben.

Andrea Bahr